

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Suter, Industriehalle
Mittelstr. 3/4
Bestellungen
franco gegen franco.
Sonderliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Internationales Organ
der Sozialdemokratie deutscher Zunge

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Bierteljahrespreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Straßburg)
Fr. 3. — für Deutschland (Leipzig)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Göteborg)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Straßburg).
Inserate
Die dreispaltigen Zeilen
zu Lit. — 20 Hg.

N. 4.

Sonntag, 25. Januar.

1880.

Lesen an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verboten wird und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und darf keine Nachlässigkeit verübt werden, die die Briefe über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu gefährden. Hauptforderung ist hiezu einseitig, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenklich Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch und möglichst vollständige Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich jedoch größter Sicherheit Reformanbahnung. Soviel an uns liegt, werden wir gewiß weder Nähe noch Ferne scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Fonds zur Unterstützung der Opfer des Sozialistengesetzes.

Bei Vertrauensmännern in Deutschland (und zum Theil auch beim „Sozialdemokrat“) sind folgende Gelder eingegangen:

8. Liste. Vom 10. September bis 31. Dezember 1879 an einer Stelle*)	Mt. 1503. 59
9. Liste. Vom 1. August bis 28. Oktober 1879 an einer zweiten Stelle	„ 1664. 85
10. Liste. Vom 29. Oktober 1879 bis 4. Januar 1880 bei der gleichen Stelle	„ 289. 97
11. Liste. Vom 22. — 29. Dezember 1879 an einer weiteren Stelle	„ 412. 90
12. Liste. Beim „Sozialdemokrat“: A. B. in Hmtr. 6.20; J. Sch. in Bg. 2.45; Gen. in Ribr. 8.60; Eine Parthie Einzelabzüge „Lehrer Schlag“ 5.90; Wrbg. in J. Dst. — 58; Bruder d. sächs. Erzgebirges — 90; Ertrag e. Auktion i. d. Spiresternacht in D. 8.30; Sammlung b. e. Auszug n. Hstb. 6.40 — zusammen 39,33 Franken gleich	„ 31. 46
	Mt. 3902. 77
Bisher eingegangen	„ 3558. 73
Gesamteingang	Mt. 7461. 50

*) Aus rechtlichen Gründen sind wir gezwungen, die Quittirung der Einzeleingänge bei deutschen Vertrauensmännern vorläufig zu unterlassen.

Ein Kaiserwort.

„Ihr Sklaven, segnet Euer Loos
Und nehmt das Kreuz auf Eurer Rücken;
Ist auch die Bürde hart und schwer,
Sie wird Euch lebenslang nur drücken.
Der Himmel zahlt einst Euren Lohn,
Die Hoffnung tröstet Euch auf Erden!“
Der Kaiser spricht: „Die Religion —
Sie muß dem Volk erhalten werden!“

„Mit hohler Wang', mit mattem Aug',
Sklave, was starrst Du nach dem Brode?
Zurück! S'ist fremdes Eigenthum,
Verfalle Du dem Hungertode!
Ergib Dich drein, mein frommer Sohn,
Im Himmel findest Du Gefährten.“
Der Kaiser spricht: „Die Religion —
Sie muß dem Volk erhalten werden!“

„Entrechte Kinder dieser Welt,
Nehmt Euch das Trostwort zur Devise:
Für alle Leiden wird Ersatz
Euch tausendfach im Paradiese.
Drum duldet, bis der Geist entflohn
Den Gliedern Euch, den abgekehrten!“
Der Kaiser spricht: „Die Religion —
Sie muß dem Volk erhalten werden!“

„Wenn auch Dein Weib vor Hunger stirbt,
Wenn Deine Kinder auch verschmachten,
Dein Fleisch und Blut, Dein einzig Gut —
S'ist Gottes Wille, lern' ihn achten!
Ersticke jeden Klagenston,
Wozu die jammernden Geberden?
Der Kaiser spricht: „Die Religion —
Sie muß dem Volk erhalten werden!“

„Wie man Euch schändet, drückt und quält,
Der Obrigkeit müßt Ihr gehorchen!
Ballt nicht die Faust, zückt nicht das Schwert,
Läßt für das Recht den Himmel sorgen!
Denn göttlich — heilig ist der Thron —
Die Völker sind rechtlose Heerden.“
Der Kaiser spricht: „Die Religion —
Sie muß dem Volk erhalten werden!“

Eine „Sozialdemokrat“-Hexe.

Wenn die herrschende Klasse glaubte, durch das Ausnahmegesetz die Sozialdemokratie wenn nicht zu vernichten, so doch wenigstens sich ihren düstern Schatten, der sie bei Tag und bei Nacht, im Geschäft und beim Vergnügen, zu Hause und auf der Straße beunruhigte und sie ihres Lebens nicht froh werden ließ, — vom Halse zu schaffen: dann hat sie sich, wie in so vielen andern, gründlich getäuscht. Noch nie ist so viel vom Sozialismus die Rede gewesen, als gerade jetzt, da er offiziell aus dem „Reich“ verbannt ist. Im Parlament, in den Gemeindefolgen, in den

Handelskammern, in den Regierungserlassen, in der Schule, in der Kaserne, in den Werkstätten, in den Vereinen, in der Presse: überall, überall spukt der böse Schatten mehr denn je und hält den „ruhigen Bürger“ in beständiger Aufregung. Alles und jedes wird auf den Sozialismus bezogen. Ob über das westphälische Auerberggesetz oder über den schlesischen Rothstand, ob über den Sibinger Schulstreit oder über die Verstaatlichung der preussischen Bahnen oder über das Forstpolizeigesetz debattiert wird: gleichgültig, mit oder ohne Absicht wird überall der Sozialismus hineingemengt und jedes Ding in erster Linie nach seiner Stellung zum Sozialismus und seiner geoffenen Brauchbarkeit im Kampf gegen den allgegenwärtigen Feind angesehen. Der Sozialismus ist in Deutschland in gewissem Sinne das Maß aller Dinge geworden, während er noch vor wenig mehr als einem Lustrium etwas Fremdartiges, Exotisches war, das mit dem politischen und gesellschaftlichen Leben des neuen Reiches in keinem organischen Zusammenhang zu sein schien und von dem der biedere Spießbürger nur ab und zu zu lannegischen pflegte, wie sonst über die Völker, „die weit hinten in der Türkei aufeinander schlagen“.

Ein ganz besonderer Sozialisten-Spektakel war aber wieder einmal die vorvergangene Woche los. Und das hat mit seinem Schreiben der „Sozialdemokrat“ gethan!

Ein bekannter Berner Korrespondent, dessen Verbindungen durchaus kein Geheimniß sind, machte nämlich zuerst durch einen Bericht an das Baseler „Grenzpost“-Reptil die Bourgeoiswelt auf unsern ganz erschrecklichen „Festtags“-Artikel in Nr. 1 aufmerksam, indem er eine Anzahl prägnanter Sätze dieses Artikels aus dem Zusammenhang riß und mit der kunstreichen Hand eines Riocaut de la Marlinière zu einem Schauder tableau für den Angstreier gruppirte. Und damit nicht etwa Begriffsstümpfe über die gute Absicht einen Augenblick im Unklaren bleiben sollten, fügte der Biedere zum guten Schluß den verständlichen Hinweis hinzu: „Das zeugt nicht gerade von beschränkter Pressefreiheit!“

Daß dieser fetter Bissen der deutschen Reaktionspresse ein gesundes Pressen sein mußte, ließ sich voraussehen. Von der edlen „Magdeburgerin“, der biederen „Post“ und der gefinnungs-lüchtigen „Nationalzeitung“ an lief der Marmarikel des Berner Wiedemanns durch die ganze große und kleine Presse, soweit die „deutsche Treue“ und — der Reptilienhalter reicht. Und überall entstand ein großes Zeter- und Mordio-Geschrei über die Verwegenheit und Blutdürstigkeit der Sozialdemokratie; und überall schrie man nach ächt deutscher Weise schnell nach dem Mittel, nach erneuten und verschärften Polizeimaßregeln zum Schutz vor den rothen Umsturzmännern. — Wir haben kein Wort des Vorwurfs für diese Leute; denn sie sind in ihrem Element, in ihrem Typus und folglich in ihrem Recht. Im Gegentheil, wir sind ihnen zum Dank verpflichtet, da sie durch ihre gefinnungs-lüchtigen Expektorationen über die deutsche Sozialdemokratie und deren Organ, den „Sozialdemokrat“, für des letzteren Bekanntheit und Verbreitung in einer Weise wirkten, wie wir es nicht besser wünschen konnten.

Charakteristisch ist, daß sich auch ein Theil der schweizerischen Presse nicht nur urtheilslos diesem Treiben anschloß, sondern daran sofort direkte Denunziationen und unweidliche Aufforderungen zur Vergewaltigung der Pressefreiheit knüpfte. So bemerkte beispielsweise ein Züricher Blatt, die „Freitagzeitung“ zu der Marmarotiz, geistreich wie immer: „Und der Bourgeois voller Huld, hört auch das an mit Geduld!“ Der urwüchsiger „Anzeiger vom Zürchersee“ dagegen winkte geradezu mit dem Raumpfad: „Diese Sprache ist von dem landesverwiesenen Gehirnen nicht gerade — übertroffen worden; ziemlich verwandt klingt die Sache. Wir aber fragen angesichts dieser Kriegserklärung: Hat die Pressefreiheit keine Grenzen?“ — Also weil ein, von Schweizerbürg in redigirtes und hergestelltes Blatt in rechtmäßiger Benutzung der verfassungsmäßig gewährleisteten Pressefreiheit an der heutigen widersinnigen Gesellschaft scharfe, aber wahre Kritik übt und die Folge zeigt, zu welchen der gewaltthätigen Widerstand der herrschenden Klasse gegen die Emanzipationsbestrebungen des arbeitenden Volkes führen muß — darum dos Geschrei dieser edlen „Republikaner“: „Schlagt ihn todt den Hund, er ist ein Sozialist!“ Wahrscheinlich, Freiheitsliebe, Ehre und Scham sind erschrecklich im Kurs gesunken in unserm Lande, und daß solche schmachvolle Reaktionsgier sich ungeheuer breit machen darf in unserm Gemeinwesen, das muß jedem ehrlichen Schweizer die Röthe der Scham und der Empörung ins Gesicht jagen, ihn aber auch zugleich mit schweren Sorgen erfüllen für die künftige Entwicklung der Dinge!

Doch lassen wir's damit für heute genug sein und kehren wir der verächtlichen auch „republikanischen“ einheimischen Presse die Rücken, um uns noch einmal an die deutsche Presse zu wenden. Dieselbe freut sich darüber, daß wir „einmal aufrichtig“ gewesen seien und ruft: „Das ist die Sozialdemokratie ohne Schleier und Maske.“

*) Er ist sogar, durch die Bemühung eines nationalliberalen südsächsischen Landtagsabgeordneten, lammernfähig geworden — worüber an anderer Stelle.

Wenn es um die Geisteskräfte der Bourgeoispresse nicht so jämmerlich bestellt wäre, so würde sie sich daran erinnern, daß sie die Entdeckung der „Sozialdemokratie ohne Schleier und Maske“ schon wiederholt, fast alljährlich ein paar Male gemacht hat. Die Sozialdemokratie, bezw. ihre parlamentarische und Pressevertretung führt freilich, gleich jedem vernünftigen Menschen, nicht immer ein- und dieselben Worte im Mund, sondern paßt ihre Ausdrucksweise den jeweiligen augenblicklichen Bedürfnissen und Zwecken an. Deshalb hat sie aber ihre Grundsätze doch nie verumummt oder verleugnet und alle Welt kennt dieselben. Wenn sich aber heute, nach mehr als anderthalb Jahrzehnten der sozialistischen Bewegung, nach der Laßalle'schen Agitation, dem Leipziger Hochverrathprozeß, den zahlreichen Kongressen, den Außerungen einer umfangreichen Tages- und Brochürenliteratur, den sozialdemokratischen Reden in Volksversammlungen und im Reichstag und nach der Rathung des Sozialistengesetzes wirklich noch Leute finden sollten, für welche die Sozialdemokratie alle die Jahre hindurch ein unentschiebertes Räthsel geblieben und welche ihr „wahres Wesen“ erst in unserm „Festtags“-Artikel „entdeckten“: so mögen dieselben nicht uns, sondern ihre eigene unglaubliche Dummheit verklagen.

Die Sozialdemokratie ist, in ihren Mitteln betrachtet, was die herrschende Klasse aus ihr macht. Wo diese die Berechtigung der Forderungen des arbeitenden Volkes anerkennt und sich zur Vermittelung bereit zeigt, wird sie niemals einer „aufreizenden“ oder drohenden Sprache begegnen. Wenn man sie aber mit Hund und Heß und wie ein wildes Thier behandelt, dann soll man sich auch nicht wundern, wenn sie die Zähne weißt und zeigt, wenn sie ihre Peiniger zu verheßen haben, wenn sie erst einmal ausgewachsen und im Vollbesitz ihrer Kräfte ist! Oder glauben unsere Feinde, daß sich der Löwe Sozialdemokratie geduldig von jedem Traßbuben das Fell reißen und sich unter die Füße treten lassen, ja wohl auch noch gleich dem Hund Liberalismus die quälende Hand lecken soll?

Wir lassen unsern Feinden die Wahl des Weges, auf welchem die notwendige Umgestaltung der Staats- und Gesellschaftsorganisation bewirkt werden soll. Sind sie gut berathen und wählen den Weg der Verständigung — gut, uns soll es freuen; denn der geistige Kampf ist menschenwürdiger als der physische, als die rohe Gewalt. Sind unsere Feinde aber gleich den herrschenden Klassen aller Zeiten verblendet genug, sich für den andern Weg zu entscheiden — und bis jetzt zeigt alles, daß sie diesen Weg bis ans Ende gehen wollen —: gut oder nichtgut, wir werden uns darauf einzurichten wissen und auch so unser Ziel erreichen. Wenn es aber nicht so ganz glatt abgeht und die Wegweiser schlecht wegkommen sollten, so ist es nicht unsere, sondern der letzteren Schuld. Die Wachpolitik von Obenherab führt zwingend zu einer Machtpolitik von Unten auf! Und wer dem Schwert die Entscheidung anheimgibt, hat kein Recht, zu klagen, wenn es seine Schärfe gegen ihn wendet und er durch dasselbe umkommt!

Pfui der Schande!

— r. Auf ein unter dem Sozialistengesetz verbotenes Buch, die treffliche Schrift unseres Genossen Debel über „Die Frau und der Sozialismus“ *) wird seit ihrem Erscheinen von der preussisch-deutschen Polizei gefahndet. Natürlich hindert das Verbot ihre Verbreitung nicht, denn — abgesehen von ihrer Güte und dem bedeutenden Namen ihres Verfassers — verbotene Früchte schmecken doppelt süß und auch schon darum wurde das verheimlichte Buch gern gelesen und weit verbreitet. Die Verbreitung eines verbotenen Buches aber ist bekanntlich durch das Ausnahmegesetz für strafbar erklärt und — in der ehemaligen freien Stadt Frankfurt fiel einer der Verbreiter in die Hände der Schergen. Um ihn zu retten, beschwor Derjenige, welcher das verbotene Buch von dem Angeklagten empfangen hatte, daß derselbe unschuldig sei, worauf man denselben allerdings laufen lassen mußte. Damit hatte aber der Freund sich selbst einen schlechten Dienst gethan; denn er wurde wegen Meineids angeklagt und durch alle möglichen Listen der Polizei und des Untersuchungsrichters zur Verurteilung gebracht. Damit aber noch nicht genug, fiel durch eine Reihe von allerlei Umständen, an denen der freigelassene Verbreiter des verbotenen Buches leider mit Schuld war, auch noch ein zweiter Sozialdemokrat, der gleichfalls in der leidigen Angelegenheit einen Schwur geleistet hatte, in die Hände des Gerichts, wurde des Meineids bezichtigt und durch Geschworene, die aus allerlei würdigen Vätern- und Fleischermeistern bestanden, für schuldig befunden und verurtheilt zu mehrjähriger Zuchthausstrafe, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und Aberkennung der Zeugenschaft auf immer!

*) Augenblicklich nur mehr in wenigen Exemplaren vorhanden. Erscheint demnächst in einer umgearbeiteten Auflage. Durch die Expedition des „Sozialdemokrat“ zu beziehen. D. R.

Solche barbarische Strafe läßt das Gesezbuch zu und die eblen Richter verhängen sie über einen bis dahin noch niemals Bestraften. Was hat aber nun der Mann eigentlich verbrochen? Er hat — das heißt, wenn der erbrachte Beweis genügt — gelogen, wissentlich die Unwahrheit gesagt. Warum? Um einen Freund von Strafe zu befreien. Nicht ein Punkt aber ist nachgewiesen, aus dem geschlossen werden könnte, daß Eigen- nütz oder sonst ein niedriger Beweggrund ihn zur Unwahrheit getrieben hätte — nur Aufopferung, nur Freundschaft, nur Parteinteresse waren die Motive.

Es ist wahr, daß die Unwahrheit immer verwerflich ist und wir sind die Letzten, welche sie verteidigen; aber erklärlich, ja entschuldigbar ist sie in diesem Falle.

Lügt denn nicht die ganze heutige Gesellschaft? Belügt sie sich nicht gegenseitig aus den niedrigsten Beweggründen, um einander zu übervorteilen, zu berauben? Solche Lügen, aus gemeinen Motiven entsprungen, sind aber nicht strafbar. Belügen sich nicht alle Staatsmänner? Ist die Lüge nicht die anerkannte und von keinem Diplomaten gelaugnete Waffe der Diplomatie? Lügen nicht Pfaffen und Regierungsmänner, Handel und Gewerbe — sind nicht die heutige Gesellschaft und der heutige Staat auf Lüge fundamantirt und aus Lüge gebaut vom Grund bis zum Giebel?

Wohl, der Verurtheilte soll in formeller, feierlicher Weise die Unwahrheit gesagt haben, er soll als Zeuge befragt und ver- eidigt, vor Gericht gelogen haben, — eine Handlung, auf welche das Gesez zur Ergreifung und Sicherung der Wahrheit eine hohe Strafe gesetzt hat. Wenn keine mildernden Um- stände vorhanden sind, tritt für falsche Zeugenschaft Zucht- hausstrafe von einem Jahr ein. Aber bei der Rechtsprechung kommt es vor allem auf die Beweggründe des Handelns an, die mehr oder minder schlechte, sträfliche, erwiesene oder mit Sicher- heit anzunehmende Absicht.

Bei einem Meineidfall sind für den Richter stets zwei Punkte für die Strafmessung maßgebend: 1) Einmalige Vorbestrafungen, Rückfall u. c., die auf eine niedere Sinnesart des Angeklagten hindeuten; 2) die gewinnstüchtige Absicht bei Ableistung des falschen Eides. In vorliegendem Falle aber fehlen beide Vorbedingungen. Der Angeklagte war noch nicht bestraft; eine gewinnstüchtige Absicht lag nicht vor — und den- noch: mehrjährige Zuchthausstrafe und Aberken- nung der bürgerlichen Ehrenrechte auf fünf Jahre! Jeder Lieutenant oder Student, der sein Ehrenwort gegeben hat, an einem bestimmten Tage einen Wechsel einzulösen, und der dies Wort nicht hält, ohne darum für strafbar gehalten zu werden, ist moralisch viel schuldiger, als jener Arbeiter, der einem Freunde zu Liebe falsches Zeugniß abgelegt hat.

Und dann darf Eins nicht vergessen werden: Der Zeugeneid wird uns gegenüber dermaßen als das infamste Erpressungs- mittel benützt! Gleichwie der Strafreiter der Wanderer die Pistole auf die Brust setzt, um ihm das Geld herauszupressen, so schwingt jetzt die reaktionäre Staatsgewalt über zahlreichen Sozialdemokraten die moralische Keule des Eides, um sie zu zwingen, gegen ihre eigenen Freunde und Genossen auszusagen und sie zu verderben durch Herbeischaffung eines Beweises, wel- chen unsere Feinde auf anderem Wege nicht erhalten können. Lügt sich da, wenn ein Genosse lieber die Unwahrheit sagt, als durch seine Aussage die Partei schädigt und seine Freunde und Genossen unsern Feinden ans Messer liefert, — nicht zu seiner Entschuldigunng so vieles sagen, so mancher Milderungsgrund an- führen, ja sein Vergehen als aus einem übermäßigen moralischen Zwang, als eine Art Nothwehr erklären? Darum wird auch jeder vernünftige Arbeiter und Sozialdemokrat den „Verbrecher“ nach verbüßtem Zuchthaus in seine Arme schließen — für uns ist der Mann ein Märtyrer, kein Verbrecher!

Kein Verbrecher! Denn deutlich hat uns der Staats- anwalt, haben uns die Richter während der Gerichtszeite in Frankfurt a. M. merken lassen, warum der Aermste — Ibsen heißt er — so unmenslich hart bestraft worden ist. Man fragte ihn aus, was er für die Sozialdemokratie bisher gethan habe; man hörte, es sei sehr Viel gewesen: Ibsen habe für die aus Berlin Verbannten gesammelt, Ibsen habe Rath und Hilfe den Arbeitern gesendet, Ibsen habe sogar mit den „Führern“ der sozialistischen Bewegung korrespondirt, Ibsen sei also ein tüchtiger Sozialdemokrat. Den Geschworenen lief bei dieser In- quisition schon das Grausen über die Haut — sie hätten das „Schuldig“ gesprochen, wenn auch gar keine Verdachtsgründe vorhanden gewesen wären!

Der Verteidiger warnte die Geschworenen und Richter, er be- tonte, daß sie die politische Parteilichkeit des Angeklagten nicht als erschwerenden Grund ins Auge fassen dürften — Alles half nicht — „der Jude wird verbrannt!“ Der Sozialdemokrat wurde zu Zuchthaus verurtheilt, nicht der Herr Ibsen, der wahrscheinlich in Anbetracht, daß dann mildernde Umstände aus- findig gemacht worden, mit 6 Monaten Gefängniß davon ge- kommen wäre, wenn er zufällig der konservativen oder national- liberalen Partei angehört hätte.

So ist in Frankfurt a. M. ein Urtheil der widerlichsten Art gesprochen worden; politische Gegner haben Ibsen schuldig gesprochen und verurtheilt.

Den Gesezgeber trifft hier weniger die Schuld, weil er solchen einzelnen absonderlichen Fall nicht in Betracht ziehen konnte. Desto schuldiger sind aber die Geschworenen, welche unter solchen Umständen das Schuldig des Meineids ausgesprochen und die Richter, welche die Schwere des Gesezes noch verdreifachten, die nicht, wie es gewöhnlich geschieht, die mildernden Umstände den Geschworenen empfohlen haben. Sie beide sind vor dem Richterstuhl der Moral aufs Schärfste zu verurtheilen.

Die Geschworenen, die fetten und fatten Väter und Fleischer- meister — bei ihnen streiten sich wohl Dummheit und Nieder- tracht: nehmen wir milde an, die Dummheit sei Siegerin ge- blieben im Kampfe, so wird ihre Schuld etwas geringer.

Aber die Richter? Sie sind wohl im Stande und müssen durch ihre Bildung und Schulung, vermöge ihres Amtes im Stande sein, die Schuld des Angeklagten sammt den Milderungsgründen ruhig zu erwägen. Sie haben geschworen, unparteiisch, ohne Ansehen der Person, der Gestimmung, des eigenen Gefallens und Mißfallens „Recht“ zu sprechen. Dies aber haben sie nicht gethan! Wohlan: wie können über einen Angeklagten Menschen zu Gericht sitzen, welche desselben Verbrechens, dessen jener an- geklagt ist, selbst in zehnmal höherem Grade schuldig sind?

Sie, die ihren Richter Eid aus Parteilichkeit und ecker Unter- thänigkeit gegen die Mächtigen schamlos gebrochen haben: die Frankfurter Richter selbst sind das, wessen sie Ibsen bezichtigten: meineidig! Wohl haben sie keine gesetzliche Strafe zu fürchten; Straßlos macht aber nicht schuldlos, und darum wird auf den Wangen der Frankfurter Richter und der ganzen Klassen- „Justiz“ überhaupt immerdar das Brandmal brennen, das unsern „verurtheilten“ Genossen nimmermehr trifft: das Brandmal der Schande!

Sozialpolitische Rundschau.

Schweiz.

* Wie die herrschende Klasse, welche sonst dem Volk gegen- über stets die „Achtung vor den — zu ihren Gunsten gemachten — Gesezen“ im Munde führt, mit einem ihr ungelegenen, d. h. im Interesse des Volkes wirkenden Gesez umspringt, zeigt eine Zusammenstellung der „Tagmacht“ über die Ausführung des Fabrikgesezes im Kanton Zürich während des Jahres 1879. Darnach hat der Regierungsrath letztes Jahr in 63 Fällen an Fabrikanten Bewilligung zur Ueberzeitarbeit um 1 bis 2 Stun- den täglich und auf 3 Wochen bis 6 Monate erteilt. Im Ganzen repräsentiren diese Bewilligungen eine Zeidauer von mehr als 146 Monaten. Rechnet man dazu noch, daß viele Fabrikanten bloß mit Bewilligung der Bezirksbehörden — wo- rüber eine Kontrolle nicht geführt wird — oder auch ohne jede Bewilligung längere Zeit über die gesetzliche Stundenzahl haben arbeiten lassen, so liegt klar auf der Hand, daß es der herrschenden Bourgeoisie gelungen ist, das Fabrikgesez zum großen Theil bedeutungslos zu machen. Ein neuer Beweis für die alte Wahrheit, daß es mit dem Gesez geben noch keineswegs gethan ist, sondern daß der Schwerpunkt in der Gesezesausführung, in der Verwaltung liegt; und ein Fingerzeig, wonach das arbei- tende Volk, wonach die Sozialdemokratie zu streben hat.

— Von befreundeter Seite werden wir auf eine Notiz auf- merksam gemacht, welche sich in einer Anzahl schweizerischer Blätter findet und ein in „Schweizerhebe“ machendes deut- sches Sudelblättchen zum Vorwurf hat. In diesem wird unter der bezeichnenden Ueberschrift: „Schreckliche, wahre Begebenheit aus der neuesten Zeit“ erzählt, daß in einer Seidenfabrik in der Nähe von Zürich voriges Jahr aus purem Deutschenhaß der franjosensfreundlichen Fabrikanten mehrere hundert deutsche Arbeiter entlassen worden seien, worauf es zu einem Aufruhr der

entlassenen Arbeiter und zu einem blutigen Handgemenge mit der Polizei gekommen sei, bei welchem der Held des Schauderromans, ein ebenfalls entlassener deutscher Arbeiter und Vater von neun Kindern unschuldig gefangen wird, um dann am nächsten Tag seine Frau und seine neun Kinder verhungert zu finden, worauf er seine Ketten zerreißt und sich mit Wasser (!) todtschießt. Die rührende Historie ist in einer bekannten Schundruckeri in Schloß- Chemnitz in Sachsen, welche aus der Schäfer Thomas- und Morihaten-Literatur eine Spezialität macht, gedruckt und durch ihren Ton und Titel schon genügend charakterisirt.

Wie vernünftige Leute einem solchen Nachwert Aufmerksam- keit schenken und daran tiefsinnige Betrachtungen knüpfen können, ist uns unerfindlich. Begreiflicher ist schon, wenn sich die „Neue Zürcher Zeitung“ der Sache bemächtigt, um daraus, mangels triftigerer Argumente, Kapital gegen — die Sozialdemokratie zu schlagen! Das gelehrte Blatt weiß nämlich sofort, daß der erwähnte Blödsinn von der Allerweitsverderberin Sozialdemokratie ausgeht, deren Anhänger in Deutschland aus infamster „allen Patriotismus verhöhnen“, der Schweiz gegenüber aber teuflicher Weise „das Deutschthum hervorkehren“ und in Chauvinismus machen! — Ueber eine solche Ausführung auch nur ein Wort zu verlieren, wird uns wohl kein vernünftiger Mensch zumuthen. Es ist wohl wahr: 's ist nichts so dumm, es findet doch sein gläubig Publikum; aber wer so dumm ist, sich durch solche Mittel gegen uns einnehmen zu lassen, an dem liegt uns gar nichts und wir gönnen ihn den Gegnern — die Sozialdemo- kratie verzichtet auf ihn. Und daß der Bourgeoispreffe vom Schlag der „Neuen Zürcher-Zeitung“ gegen die Sozialdemokratie kein Mittel zu erbärmlich und zu gemein ist, dazue bedurfte es nicht erst dieses Beweises. Damit ist für uns die Sache erledigt.

Deutschland.

* Die sozialdemokratischen Abgeordneten im sächsischen Landtag fahren fort, durch ihre Reden die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich oder besser auf die Sache der Sozialdemokratie zu ziehen. Es sind wenige Verathungsgegen- stände, bei welchen unsere Abgeordneten nicht das Wort ergreifen, um herbe Kritik an Staat und Gesellschaft zu üben und nach- zuweisen, wie fast alle und jede Unzulänglichkeit und Schwierig- keit, welche im Landtag zur Besprechung kommt, und noch mehr diejenigen, welche die Kammer sich vorsichtig ferne hält, noth- wendig aus unserer widersinnigen „Ordnung“ resultiren. Daher kommt es auch, daß sich der sozialdemokratische Hebel an jeder Stelle mit Erfolg einlegen läßt, und die Gegner mit Entset- zungen „große Sozialistendebatten“ (wie sie die gegnerische Presse nennt) oft gerade da entstehen sehen, wo sie es in ihrer Unschuld am wenigsten erwarteten. Das tiefe soziale Moment, welches in jeder politischen Frage steckt, ist diesen Leuten eben total un- bekannt und daher zeigen sie sich auch ungeheuer „entrüftet“ da- rüber, daß unsere Abgeordneten „bei Allen und Jedem die be- kannten Schlagwörter an den Haaren herbeiziehen“. So berichtet die Berliner „Volkzeitung“ über eine Rede Liebknechts über die beantragte Wiedereinführung der Silberwährung: „Der Abg. Liebknecht benutzte die Gelegenheit zu einer Rede über allerlei sozialistische Thematika“ — und setzt dann giftig hinzu: „Liebknecht erseht die den Sozialdemokraten verbotenen Volksversammlungen dadurch, daß er verkünden läßt, wann er in der Kammer spricht, worauf sich dann immer die Tribünen mit seinen Partei- genossen füllen.“ Ganz besonders wüthend aber sind unsere Gegner, daß der moralische Erfolg stets auf Seite der sozial- demokratischen Redner zu sein pflegt, wie denn der sächsische Landtag überhaupt erst durch die belebende Thätigkeit der sozial- demokratischen „Hechte“ aus seinem bisherigen Traumleben auf- gerüttelt worden und zu einer politischen Bedeutung gekommen ist. Daß die sich in weiten Kreisen bahnbrechende Erkenntniß hievon und die sich daran knüpfende Aufmerksamkeit auf die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten und ihr Wirken den Reak- tionären sehr „bedenklich“ scheint, ist gar nicht zu verwundern, sondern im Gegentheil sehr natürlich und begründet. Wird dadurch doch Kullklärung über so vieles Haule im Staate Däne- mark einerseits und über unsere klaren Prinzipien andererseits ge- schaffen, und das kann allerdings uns nur förderlich sein, be- kommt aber unsern Feinden dafür desto schlechter. Gerade das aber wird unsere Vertreter aneifern, in ihrer bisherigen Weise nur desto eifriger fortzuführen, und die Anerkennung des Volkes wird sie dabei begleiten.

Eine besonders interessante Debatte entspann sich in der Sitz-

Feuilleton.

Geheimchriften.

(Fortsetzung.)

Chiffirung und Dechiffirung werden durch folgende Chiffren- tafel bewerkstelligt:

Sprach-Linie.

a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z
b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z	a
c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z	a	b
d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z	a	b	c
e	f	g	h	i	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z	a	b	c	d
f	g	h	i	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z	a	b	c	d	e
g	h	i	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z	a	b	c	d	e	f
h	i	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z	a	b	c	d	e	f	g
i	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z	a	b	c	d	e	f	g	h
k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z	a	b	c	d	e	f	g	h	i
l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z	a	b	c	d	e	f	g	h	i	k
m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z	a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l
n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z	a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m
o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z	a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n
p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z	a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o
q	r	s	t	u	v	w	x	y	z	a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o	p
r	s	t	u	v	w	x	y	z	a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o	p	q
s	t	u	v	w	x	y	z	a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o	p	q	r
t	u	v	w	x	y	z	a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o	p	q	r	s
u	v	w	x	y	z	a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t
v	w	x	y	z	a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u
w	x	y	z	a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v
x	y	z	a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w
y	z	a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x
z	a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y
a	b	c	d	e	f	g	h	i	k	l	m	n	o	p	q	r	s	t	u	v	w	x	y	z

Zur Chiffirung ist ein beliebiges, natürlich nur den Korrespondenten bekanntes Wort als Schlüssel nötig, welches

Buchstabe für Buchstabe unter die zu Chiffirende Nachricht zu setzen ist, womit, sobald es zu Ende ist, immer wieder von neuem begonnen wird, bis die darüber stehenden Buchstaben des Textes aufhören. Die Chiffirbuchstaben werden nun gefunden, indem man von dem Buchstaben des Schlüssels (auch Wahlwort ge- nannt) in der Wahllinie wagerecht und von dem Buchstaben des darüber stehenden Textes in der Sprachlinie senkrecht bis zu dem Punkt fortfährt, wo sich beide Linien kreuzen.

Ein Beispiel wird das klar machen. Setzen wir, die zu Chiff- rirnde Nachricht laute also: „Morgen Abends neun Comité bei Paul. Anwesenheit Aller dringend nötig. Ed. Müller.“ Wahl- wort sei Jacoby“. Man wird also zunächst die Buchstaben des Wahlwortes unter die des Textes setzen. Also:

Morgen abends neun Comité bei Paul.
Jacoby jacoby jaco byjacoby jacoby.

Anwesenheit Aller dringend noethig.
yjacobyjaco byjacobyjacoby yjacoby.

Ed. Müller.
ja. cobyjac.

Nun zieht man eine Linie unter die beiden Buchstabenreihen und beginnt in der oben angegebenen Weise die Buchstaben der Chiffirnschrift, gewissermaßen das Produkt der beiden Buchstaben des Wahlwortes und des Textes aufzufuchen. Suchen wir nun i (den Buchstaben des Wahlwortes) und m (den Buchstaben des Textes) in der Sprachlinie auf und fahren von ersterem in der Horizontalinie, von letzterem in der Vertikallinie fort, so finden wir auf der Kreuzung der beiden Linien v, den gesuchten Chiffir-

buchstaben. Mit a und o in gleicher Weise verfahren, ergibt p, r = u, g = v, e = n, c = a, o = v, b = g, y = m. u. f. w. Die ganze Chiffiren- arbeit wird also folgendermaßen aussehen:

Morgen abends neun Comité bei Paul.
Jacoby jacoby jaco byjaco byjacoby
vpuvgm kchbfr wfxb envkwt dds qdin

Anwesenheit Aller dringend noethig
yjacobyyjaco byjacobyjacoby yjacoby
zwxhggmrsmh ekufu sthwhhbf mxfwllf

Ed. Müller.
ja. cobyjac.
oe. pigkufu.

Die Weise, in welcher man beim Dechiffiren verfährt ergibt sich hiernach von selbst. Man schreibt das Wahlwort wieder Buchstabe für Buchstabe unter die Buchstaben der Chiffirnschrift sucht den Buchstaben des Wahlwortes in der Wahllinie auf verfolgt dessen Horizontallinie bis zum Buchstaben der Chiffiren- schrift und dessen Vertikallinie bis zur Sprachlinie, auf welche sich dann der Klarschrift findet. Auf unser obiges Exempel an- gewendet: vquvgm jacoby u. f. w. Vom i in der Wahllinie wagt recht bis zu v und von m in der Vertikallinie bis zur Sprach- linie gefahren, ergibt m; a zu p gibt o, c = r, o = g, g = e, m = n. u. f. w.

Schluss folgt.

ung vom 13. ds. gelegentlich der Beratung über den Etat der Landesheil-, Straf- und Versorgungsanstalten. Im Deputationsbericht war ausgerechnet, daß die im neuen Strafvollzugsgesetzentwurf berücksichtigte Höllichkeit Sachsen über 10 1/2 Millionen kosten würde. Dadurch kam die Debatte auf den Strafvollzug und die Ursachen der Vermehrung der Verbrechen. Der Deputationsbericht hatte sich in unzweideutiger Weise dahin ausgesprochen, „daß das Gefängniswesen und das Strafsystem durch zu weit gehende Humanität (!) die Mitschuld trage an der außerordentlichen Vermehrung der Verbrechen, und daß die Strafgesetzgebung dafür sorgen solle, die Strafe auch ein Strafübel sein zu lassen“. Außerdem war liebevoll und verständnisvoll auf die berüchtigte Mittelstättische Prügelschrift Bezug genommen worden. Der Abg. Pfeiffer aber nahm noch die Ergänzung vor, als bestes Strafvollzugsmittel die Deportation zu empfehlen. Nachdem Freitag im Allgemeinen gegen die lächerliche Behauptung, daß das Gefängniswesen und das Strafsystem durch zu weit gehende Humanität die Mitschuld an der Zunahme der Verbrechen tragen, protestiert hatte, ergriff Liebknecht zu einer eingehenden Erörterung der Ursachen der Verbrechen und ihrer Zunahme das Wort. Nicht das Strafsystem trüge hieran die Schuld; denn alle Systeme, welche man bisher gehabt, seien gescheitert, weil man nur auf die Unterdrückung der Folgen, nicht aber auf die Ausrottung der Ursachen der Verbrechen denke. Die ersten und zwingendsten derselben seien Noth und Elend. Dazu komme mangelhafte Erziehung und Unwissenheit; dann kämen aber die Vorgänge der jetzigen Zeit, die beständigen Kriege, welche die Bevölkerung verminderten, ebenso wie der 30jährige Krieg eine so ungeheure Verwilderung hervorgerufen habe. Der rohe thierische Ruth werde verbreitet in einer Weise, die auch in Privatleben zur Rohheit führe. Dazu komme die absolute Unsicherheit der Erwerbsverhältnisse. Man sei in wirtschaftlicher Beziehung in einem vollständigen Chaos, die alte Gesellschaft sei in der Auflösung begriffen und in politischer Beziehung sei in Deutschland ebenfalls Alles aus Rand und Band. Wie solle das Rechtsgefühl in das Volk hineinkommen, wenn es sehe, wie viele Rechte in der letzten Zeit beseitigt worden seien auf gewaltsamem Wege, und welche Umgestaltungen die Gesetze in der letzten Zeit erlitten hätten. Man möge sich erinnern, wie im vorigen Jahre gehetzt worden gegen die Sozialdemokraten, ihnen die Schuld an den Attentaten in die Schuhe geschoben worden sei; man möge denken an die jetzt auftretende Judenhetze. Man klage über die kolossalen Kosten, die der Strafvollzug verursache. Das seien die Kosten der falschen Politik, die man in der letzten Zeit befolgt habe. Wenn man die kolossalen Summen, die für Kriege ausgegeben worden seien, zur Hebung der Bildung und des Wohlstandes des Volkes benützt hätte, so hätte man auch die Quellen des Nothstandes mit verstopft!

In einer Entgegnung auf einige Einwürfe, namentlich seitens des Nationalliberalen Benzig betonte dann Liebknecht als einen Hauptgrund der Zunahme der Verbrechen die Erschütterung des Rechtsbewusstseins in Deutschland, an welcher in erster Linie diejenigen mit der Schuld trügen, welche jeder Gewaltmaßregel der Blut- und Eisen-Politik nach Außen und Innen Beifall klaischten. Die freche Behauptung, daß an der Zunahme der Verbrechen die Sozialdemokratie Schuld sei, weise er mit Verachtung zurück. Dieselbe hätte nur dem Volk die Augen geöffnet über die Schäden der Gesellschaft und des Staatslebens. Benzig habe es für nothwendig gehalten, vom nationalen Standpunkte gegen ihn zu reden. Da komme man auf die Theorie, welche die sozialdemokratische Partei als eine vaterlandslose hinstellt. Die Sozialdemokraten seien mindestens ein eben so großes Stück vom „Vaterland“, als die nationalliberale Partei, und hätten ein Recht, über die Zustände anders zu denken, als die letztere. Der Richterspruch des Volkes werde einmal dahin lauten, daß in erster Linie die nationalliberale Partei mit ihrer Wirksamkeit auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete die Schuld trage. Seine Partei habe jedenfalls dem Vaterlande größere Dienste erwiesen, als diejenige Partei, welche sich „national“ und „liberal“ nenne und doch bereitwillig zu dem größten Willkürakt mitgewirkt habe, indem sie durch Annahme des Sozialisten-Gesetzes einen großen Theil der Nation rechtlos und mundtodi gemacht habe!

Schließlich, als gegen die gewichtigen Anschuldigungen Liebknechts gar nichts verlangen wollte, wurde von dem schon genannten Nationalliberalen auch noch der „Sozialdemokrat“ mit in die Debatte gezogen, indem der Mann eine angeblich „zur Revolution aufreizende“ Stelle aus demselben verlas und daran die Bemerkung knüpfte: wenn diese Sprache nicht alle bösen Leidenschaften der „niederen Klassen“ ansache, so wisse er nicht, wie das überhaupt geschehen könnte.

Liebknecht erwiderte hierauf, daß da, wo unterdrückt werde, naturgemäß auch die Reaktion gegen den Druck komme. Das verstehe sich von selbst und Benzig sollte doch aus der Geschichte wissen, daß auch seine eigene Partei zu einer Zeit, wo sie unterdrückt worden sei, eine eben so heftige Sprache geführt habe. An dieser Sprache sei Niemand anders als allein diejenige Partei, welche die sozialdemokratische Partei in Deutschland mundtodi gemacht und Alles gethan hätten, sie auf einen ungeheuerlichen Boden zu drängen!

Die unerhörte Gemeinheit, sogar das Elend des Nothstandes gegen die verhaftete Sozialdemokratie auszubenten, ist einem Berliner „liberalen“ Volksblut-Bourgeois, der dabei völlig im Sinne, wenn nicht im Ausruf seiner Gefinnungsgenossen gehandelt hat, vorbehalten geblieben. Wir lesen in der „Nordb. Allgem. Ztg.“: „Bezüglich eines Zwiesgesprächs der Kaiserin mit dem Eigentümer des Hauses Müllerstraße 182 in Berlin bei Eröffnung der Volkssäle daselbst sind nachträglich die widersprechendsten Versionen in Umlauf gesetzt worden, so daß zur Richtigerstellung derselben jetzt von zuständiger Seite über jenen Vorgang folgendes mitgeteilt wird: Als der vorstehende Herr Stargardt als Wirth des Hauses der Kaiserin vorstellte und diese sich über das freundliche Aussehen und die Ausdehnung der betreffenden Stadtgegend ausdrückte, welche sie seit Jahren nicht gesehen, sagte Herr Stargardt: „Ja, Majestät, der Wedding ist besser, als sein Ruf.“ Hierauf die Kaiserin: „Ich habe noch niemals von einem schlechten Ruf des Wedding gehört; denn wenn Sie nur die hier verbreitete Armut meinen,

so ist diese nur ein beklagenswerthes Unglück.“ Herr Stargardt entgegnete hierauf: „Nein, ich meine die hier sehr verbreitete Sozialdemokratie, die wir aber schon tüchtig in die Enge getrieben haben und die wir hoffen, auch ganz zu vertreiben“, worauf die hohe Frau mit sichbarem Erstaunen erwiderte: „Wir haben in der Volkssäle mit keinem anderen Nothstande zu thun, als mit der Armut.“

Ob die „hohe Frau“ die ihr in den Mund gelegte Aeußerung in der That und „sichtlich erstaunt“ gethan hat und wenn, ob es ihr dann damit ernst gewesen und sie sich nicht etwas ganz Anderes dabei gedacht hat, wollen wir dahin gestellt sein lassen, ist uns auch ganz gleichgültig. Aus der Antwort des Herrn Stargardt aber läßt sich ersehen, wie ernst es der jetzt mit Vorliebe in „Nothstandsblinder“ machenden Bourgeoisie mit ihrer „selbstlosen Wohlthätigkeit für das arme nothleidende Volk“ ist! Wenn diese Leute aber vermeinen, das Maul des Hungrigen mit Betteluppen stopfen und den Schrei des Proletariats nach Freiheit und Gleichheit durch — Volkssälen unterdrücken und so die Sozialdemokratie „tüchtig in die Enge treiben“ oder gar „ganz vertreiben“ zu können, — dann dürfte ihrer eine gewaltige Enttäuschung warten. Aber der Haß gegen das nach Emanzipation ringende Volk macht die herrschende Klasse blind, wie die Liebe den balzenden Auerhahn, der all seine sonstige Vorsicht und Klugheit verliert und den Jäger nicht nahen sieht, dessen sichere Beute er wird.

Die Briefstieberei macht in Deutschland immer größere Fortschritte, was unter den gegenwärtigen, im „freieinigen Reich“ herrschenden Verhältnissen allerdings nicht zu verwundern, sondern nur selbstverständlich ist. So wenig ein Dieb ohne Dietrich auskommt, so wenig kann eine Reaktion ohne schwarzes Kabinett auskommen. Und dieses ist bereits ganz systematisch organisiert. In zahlreichen Postbüros größerer und zugleich als Hauptnester der Sozialdemokratie verurtheter Städte: Berlin, Dresden, Breslau, München u. s. w. ist ein regelmäßiger Polizeidienst eingeführt, so daß Tag und Nacht Polizeibeamte anwesend sind, welche sämtliche ankommende und abgehende Briefe und Päckchen besichtigen. Die Briefspitzeln sind mit Verzeichnissen bekannter Sozialisten der betr. Stadt, sowie mit Adressen und Handschriftenproben von im In- und Ausland wohnenden sozialistischen „Führern“ versehen. So sind vor wenigen Wochen der Postpolizei wieder eine Anzahl „verdächtiger“ Züricher Adressen mitgeteilt worden. Erscheint eine Sendung auf Grund irgend eines dieser Anhaltspunkte als verdächtig, so wird sie aufgehalten, und werden zum Zweck der Austuschung dreierlei Verfahren angewendet. Entweder die Sendung wird „perlustriert“, d. h., wenn es ein Brief ist, durch Ausschneiden oder „irrhümliches Eröffnen von Amiswegen“, wenn ein Päckchen, durch gewaltsames Stoßen und Quetschen eröffnet. Oder die Sendung wird einfach gestohlen. Oder aber endlich, wenn beides unmöglich oder bedenklich (wie bei eingeschriebenen Briefen oder bei sich öfter wiederholenden Fällen), so wird die Ankunft der Sendung der bet. Polizeibehörde avisirt, von dieser dem Postboten ein Polizeibeleg mitgegeben und von diesem die Sendung sofort nach Abgabe beschlagnahmt.

Aber nicht genug, daß der Polizei in der Post ein ständiger Platz eingeräumt worden ist, daß ferner einzelne Postbeamte zum Zweck der Briefstieberei oder der Verhaftung hiezu entweder bestochen worden oder deren selbstangebotene Dienste bereitwillig angenommen sind: auch die Post selbst ist korumpirt und die infame Briefknüttelerei, d. h. das schwarze Kabinett offiziell, durch geheime Erlasse des Generalpostmeisters und der Oberpostdirektion eingeführt. Ein solcher Erlaß des Generalpostmeisters hinsichtlich der „Perlustrierung“ von Postsendungen, in denen verbottene Schriften zu vermuten, wurde bereits in der Frühjahrsession des Reichstags zur Diskussion gebracht, wobei sich die Würdelosigkeit des Reichstags und speziell der Herren Liberalen wieder einmal im hellsten Lichte zeigte. Denn trotzdem sogar Laaker nicht umhin konnte, die Sache für „bedenklich“ zu finden, und die Thatfache der Verletzung des Briefgeheimnisses außer Zweifel stand, hatte man nicht den leisesten Tadel für ein solches schändliches Gebahren: war es ja doch bloß gegen die Sozialisten gerichtet!

Heute sind wir nun in den Stand gesetzt, ein neues Beweisstück in Sachen der Reichspost-Briefstieberei beizubringen. An sämtliche Postamts-Vorsteher eines gewissen Kreises (wahrscheinlich auch an die anderer Kreise) erging im Laufe des November nachfolgendes autographirtes Schreiben:

Kaiserliche Ober-Post-Direktion N. N., den .. November 1879. Vertraulich! Nach einer hier vorliegenden zuverlässigen Mittheilung wird in neuerer Zeit auf den zur Verbreitung in Deutschland bestimmten, mit abwechselnden Titeln versehenen Nummern der in London erscheinenden Sozialistenzeitung „Die Freiheit“ behufs Täuschung der Behörden statt des Druckortes „London“ am Kopfe des Blattes der Ortsname „Berlin“ eingerückt, ferner werden die einzelnen Zeitungsnummern derart zusammengefasst, daß der letztgenannte Name sofort in die Augen springt. Ob. Wohlgeborenen werden hievon auf Veranlassung (!) in Kenntniß gesetzt, in Gemäßheit der Amisblatts-Verfügung vom 6. Februar Nr. 19, S. 29 die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Der Kaiserliche Ober-Post-Direktor. (Unterschrift.) An den Herrn Vorsteher des Kaiserlichen Postamts in N. N.

Wir wollen hiezu nur bemerken, daß das im Erlaß besprochene Blatt selbstverständlich in Deutschland, gleich dem „Sozialdemokrat“, nur unter Briefverschluß versandt wird, so daß sich also die Anleitung, welche die Postbehörde ihren Beamten gibt, nicht auf Kreuzbandsendungen bezieht, deren Durchsicht der Post ja rechtlich zusteht. Uebrigens ist ja der Charakter dieser Diebsinstruktion schon durch den Verlass „Vertraulich“ d. h. geheim, zu verheimlichen — genügend dargehen. Daß jedoch derartige Zusätze, welche gesetzwidrige und ehrlose Manipulationen der Behörden dem Volk verbergen sollen, nicht hindern, daß die sozialdemokratische Presse davon Kenntniß erhält, beweist unsere Mittheilung auf's neue. Es findet sich glücklicherweise früher oder später immer wieder ein ehelicher — Zufall, welcher die Schande offenbar macht!

Vorausichtlich wird ein sozialdemokratischer Abgeordneter die infame Affäre nebst vielen andern im nächsten Reichstag zur Sprache bringen, und man darf begierig sein, was die Regierung zu entgegnen haben wird. Freilich fehlt es der letzteren weder an Frechheit, sich, wenn möglich, mit dreifester Stirn herauszulügen,

noch an Schamlosigkeit, die Sache, wenn kein anderer Ausweg vorhanden, nicht nur zuzugestehen, sondern sogar prahlerisch als ein Verdienst um Staat und Gesellschaft anzurechnen. Das alte Weib Reichstag aber wird Beides gleichschär billigen und wenn der Junker mit dem Pferdefuß etwa mit kynischer Offenheit Farbe bekennet und die Briefstiebers-Werkzeuge auf den Tisch des Hauses niedertlegt, ebensowenig erschrecken und ebenso über den köstlichen Spaß unbändig lachen, wie das Scheusal in der Herentläche über das mephistopheische Wappen!

— Beamtenproletarier. Veranlaßt durch die gegenwärtig sich in erschreckender Weise mehrenden, zum großen Theil durch die Ermüdung, resp. verminderte Dienstfähigkeit der Bahnbeamten durch Arbeitsüberbürdung herbeigeführten Eisenbahnunglücke hat das preussische Ministerium der öffentlichen Arbeiten vor kurzem einen Erlaß des Reichseisenbahnamtes vom 21. Februar 1879 den Eisenbahndirektionen und Kommissionen in Erinnerung gebracht, welcher Vorschriften hinsichtlich des täglichen Arbeits- und Dienststunden Maximums gibt. Diesem Erlaße zufolge soll eine tägliche Dienstzeit von vierzehn Stunden für Bahnwärter und Weichensteller das Maximum sein; außerdem sollen diesen Beamten zwei dienstfreie Tage im Monat „billigerweise nicht verlagt werden.“ Bei Regelung der Dienststunden des Maschinen- und Fahrpersonals soll darauf Bedacht genommen werden, daß die betreffenden Beamten nicht übermäßig lange und über ihre Kräfte hinaus ununterbrochen Dienst zu thun haben und daß die Ruhepausen möglichst nach dem Stationsort des Betreffenden gelegt werden. Diese Vorschriften sind indessen, wenn sie je allgemein zur Ausführung gelangten, längst wieder in Vergessenheit gerathen.

Nach neueren Erhebungen des Reichseisenbahnamtes beträgt das Dienstmaß, welches auf den einzelnen Eisenbahnen Deutschlands (excl. Bayerns) von den genannten Beamten in einem einmonatlichen Zeitraum verlangt wird, im Durchschnitt für Bahnwärter 368 Stunden, für Weichensteller 364, für Schaffner 283, für Lokomotivführer 288 und für Lokomotivheizer 293. Von verschiedenen Bahnen aber wird von diesen Durchschnittssätzen — welche das Reichseisenbahnamt als „nicht übermäßig hoch“ erachtet — wesentlich und zum Theil in wahrhaft unerhörter Weise abgewichen. So beträgt z. B. das in einem einmonatlichen Zeitraum zu leistende Dienstmaß bei einigen Bahnen für Bahnwärter 540 bis 555 Stunden, für Weichensteller 555 Stunden und für Lokomotivführer und Heizer 522 Stunden, — d. h. 17 1/2, 18, ja sogar 19 Stunden täglich bei nur zwei Ruhetagen im Monat! Ja stellen und zeitenweise kommt es noch ärger. So ist nach dem „Opp. Wochenbl.“ seit Weihnachten auf der Kommissionsstrecke Breslau-Cottel der Oberbischleichen Eisenbahn die Einrichtung getroffen, daß die Stationsbeamten und Telegraphisten sieben Nächte hintereinander ihren beschwerlichen und verantwortlichen Dienst thun müssen, wobei ihnen „anheimgestellt ist“, dies noch weitere sieben Nächte „freiwillig“ zu thun; die Weichensteller haben schon längere Zeit die gleich langen und noch längere Dienststunden!

Läßt sich — insbesondere wenn man noch die elende Bezahlung der meisten Beamten in Betracht zieht — eine infamere Ausbeutung des Arbeiters, ein gewissenloseres Spiel mit Menschenleben — mit denen der abgerackerten Beamten selbst und denen der ihrer Dienstvorsorge übergebenen Reisenden — denken? Und ist es ein Wunder, wenn ein dergestalt total übermüdeten Beamten, dem — von einer Sorge für seine Privatgeschäfte gar nicht zu reden — nach dem anstrengenden Dienst kaum 5 bis 6 Stunden ungenügenden und oft unterbrochenen Tagesschlafes übrig bleiben, in seiner Schlaftrunkenheit die Weiche falsch stellt, ein grünes oder rothes Licht übersieht oder eine Leuchte verächtlich und dadurch möglicherweise Unglück über Hunderte bringt? Geschicht aber ein solches Unglück, so ist alle Welt über den armen Beamten empört, er wird schnell vom „Arm der Gerechtigkeit“ gefaßt und seine Familie vater- und brotlos gemacht; während der wahre und alleinige Schuldige, die menschenwürdige Ausbeutungssucht des Kapitals straflos ausgeht und immer neue Opfer erzwängt!

* Berlin, 19. Januar. Auch in Berlin wird die Sozialdemokratie demnächst die erwünschte Gelegenheit haben, die Probe auf das Sozialistengesetz abzulegen. Der fortschrittliche Abgeordnete des 2. Reichstags-Wahlkreises, Hofmann, hat nämlich sein Mandat niedergelegt, und wird daher eine Neuwahl stattfinden. Wie die „Bürger-Ztg.“ meldet, sollen die Sozialdemokraten bereits ein Wahlkomitee gebildet haben, wovon jedoch die Polizei Wind erhebt. Das Wahlkomitee hielt in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch in der Wohnung eines seiner Mitglieder in der Heinerdorfer Straße eine geheime Sitzung, als die Polizei einbrang, den Beratungen ein Ende machte, die Mitglieder des Wahlkomites, 12 an der Zahl, verhaftete und sämtliche vorgefundene Papiere mit Beschlag belegte. — Wir wissen nicht, ob sich die Sache so verhält und ob nicht die Verhaftungen vielleicht mit den jüngsten zahllosen Hausdurchsuchungen und der bekannten Weihnachtsverloofung zusammenhängen. Indessen ist der Gewaltstreik der Polizei in einem Falle so infam wie in dem andern. Denn eine Verloofung zur Unterföhung nothleidender Frauen und Kinder wird jedem vernünftig Denkenden eben so wenig als ein „Verbrechen“ gelten, als Vorbereitungen zur Ausübung des wichtigsten Bürgerrechtes, des Wahlrechtes. Doch wollen wir weitere Nachrichten abwarten.

* Leipzig, 17. Januar. Auf Grund des Sozialistengesetzes hat die hiesige Kreishauptmannschaft die von W. Halenclever herausgegebene humoristische Zeitschrift: „Das Lämplein“ verboten. Das Blatt soll „staatsgefährlich“ gewesen sein, was gewiß jedem seiner Leser eine Neuigkeit gewesen sein wird. Wir werden auf die famosen „Motiv“ dieses Verbotes noch zurückkommen.

— München, 16. Januar. Bekanntlich ist auch unser bayerisches Vaterland so glücklich, eine „Verfassung“ zu besitzen. Wie „gemüthlich“ dieselbe aber gehandhabt wird, mag Ihnen folgendes zeigen: Verfassungsgemäß dürfen die direkten Steuern nur auf Grund eines, alle Finanzperioden zu erneuernden Steuergesetzes eingehoben werden, und ist ohne ein solches Gesetz Niemand zum Steuerzahlen verpflichtet. Bis zum heutigen Tage aber ist der, allerdings von den Kammern genehmigte, neue

Steuergesetzentwurf noch nicht Gesetz, weil der auf seinen Bergschlößern hausende König noch nicht zu der schwierigen Arbeit des Unterschreibens zu bewegen war (er soll mit dem Studium einer neuen Oper beschäftigt sein, und da bleibt für die übrigen „Herrscherspflichten“ keine Zeit). Trotzdem aber werden die Steuern, verfassungswidrig, provisorisch erhoben. — Ein Anderes ist nicht weniger „konstitutionell“. Die erste Kammer (der sog. Reichsräte) hat in den letzten Tagen des Jahres 1879 drei Gesetzentwürfe, bezw. Anträge erledigt. In der Hitze des Gefühls hatte man aber die Kleinigkeit übersehen, daß die Kammer der Reichsräte zufällig — gar nicht beschlußfähig war, indem nicht die Hälfte der Mitglieder der „hohen“ Kammer anwesend war. Die Beschlüsse waren und sind folglich sämtlich ungültig, was in einem „konstitutionellen“ Staat nicht vorkommen und einem so hohen und zum Theil so gelehrten Hause eigentlich nicht passieren sollte. In einem Falle hatte sogar ein Minister, Herr v. Pfersichner, für ein fortgegangenes Mitglied dessen Stimme abgeben zu können gemeint! Aber all das thut dem „konstitutionellen“ Vergnügen keinen Eintrag. — Noch etwas Hübsches ist nachträglich zu melden. Die Gäre der Münchener Polizei ist gerettet und wir bleiben hinter Berlin nicht mehr zurück. Denn auch wir haben nun unser Attentat gehabt, wenn es auch nur ein ganz kleines Attentat war! Die Mutter „unseres“ Königs ist nämlich in der Frauenkirche, wohin sie sich als fromme Frau am Festtag begeben hatte, angefallen und geschlagen worden. Freilich war der „Attentäter“ nur ein Wahnsinniger und kein vernünftiger Mensch sah in dem Vorfalle etwas anderes als einen Ausbruch der Geisteskrankheit, wie solche ja bisweilen zu geschehen pflegen, ohne daß man etwas besonderes darin sieht. Aber die Gelegenheit war vortrefflich, die Polizei wichtig zu machen, die Sonderinteressen der regierenden Clique wahrzunehmen und dem sozialdemokratischen Sündenbock wieder Eins aufzuhängen. Deshalb wurde aus der Lapperei eine Staats-Affäre gemacht und dem König Befürchtungen für seine persönliche Sicherheit in den Kopf gesetzt. Als ob es, von anderem ganz abgesehen, irgend welchen Werth hätte, einen Mann, der sich um die Regierung absolut nichts kümmert und infolge dessen auf dieselbe blutwenig Einfluß hat, bei Seite zu schieben! Aber die herrschende Clique hat ein Interesse daran, den König von hier fern zu halten, und da müssen denn „die bösen Sozialdemokraten, die ihn in die Luft sprengen“ und „die vaterlandslosen Schwarzen, die ihn vergiften wollen“ herhalten. Um nun diese finstern Pläne zu vereiteln, ist unser samstags Polizeipräsident Heilich eigens zum Regierungspräsidenten ernannt worden. Da kann man freilich ruhig sein; denn „der schlaue“ Heilich hört ja das Gras wachsen und die Flühe husten und ist im Stand, mit Hilfe seines Spürhundes Gehret ein Attentat ausfindig zu machen, noch lange ehe der Plan dazu entworfen worden ist! Heil dem Staat, der solche Schadel hat!

Oesterreich-Ungarn.

* In Budapest ist es vergangene Woche lebhaft zugegangen. Infolge des jede Grenze überschreitenden schändlichen, gewaltthätigen Treibens der dominierenden korrupten Magnatenkluge kam es zu Straßenaufmärschen, welche sich fünf Tage hindurch wiederholten und bei welchen die Polizei gegen das Volk, welches durch den seitens eines adeligen Bravos an einem oppositionellen Journalisten (im Duell) begangenen Mord auf's Aeußerste erbittert war, in der protokollarischsten Weise vorging. Das Militär machte von Bajonnet und Gewehr Gebrauch, es gab Tode, Verwundete und Verhaftete und — die „Ordnung“ ist wieder hergestellt! Wie lange sie dauern wird, wie lang sich die unerhörte korrupte Wirtschaft der herrschenden Clique noch halten kann, ist eine andere Frage. — Noch ist zu erwähnen, daß es auch hier wieder Leute gab, welche die Unruhen sofort den Sozialdemokraten in die Schuhe zu schieben suchten. Genosse Leo Frankel erklärte jedoch im Namen der Budapestener Genossen, daß die Sozialisten mit den Unruhen nichts zu thun haben und nicht geneigt seien, für die Opposition die Kastanien aus dem Feuer zu holen.

Wichtiger für uns ist eine andere aus der ungarischen Hauptstadt kommende Nachricht. Wir erhalten nämlich die erfreuliche Mittheilung, daß die längst angestrebte Vereinigung der beiden Fraktionen, in welche die ungarische Sozialdemokratie bisher gespalten war — der „Partei der Nichtwahlberechtigten“ und der „Ungarischen Arbeiterpartei“ — zu einer einheitlichen, geschlossenen Partei endlich ihrer Verwirklichung nahe ist. Die Ausgleichskommissionen der beiden Fraktionen haben sich über die Basis der Vereinigung geeinigt, welche auch von den Budapestener Genossen beider Fraktionen bereits angenommen wurden, so daß nur noch die Provinzgenossen zuzustimmen haben, um die Vereinigung perfekt zu machen. Zur Feststellung des Programms und der Organisation der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Ungarns — wie sie fortan heißt — wird baldigst ein Parteikonferenz einberufen. — Wir senden unsern ungarischen Brüdern unsere herzlichsten Grüße und Wünsche, daß ihre Einigkeit wachse und gedeihe — den verbrüdereten Völkern zu Ruh, den Gewalthabern zu Trutz!

Belgien.

— Brüssel, 12. Januar. Die dahier wohnenden deutschen Sozialdemokraten haben gestern einen entscheidenden Schritt gethan. Schon seit längerer Zeit herrschten infolge der bekannten Londoner Heberereien im Schoße des hiesigen Vereins deutscher Sozialisten endlose Streitereien. Würden die hiesigen treuen Anhänger der deutschen Partei und ihres Programms nicht im Interesse der Sache sich der größten Zurückhaltung und Bescheidenheit befehlen haben, so wäre es schon längst zum Bruch mit jenen Fanatikern gekommen, welche bewußt oder unbewußt die Sache der Sozialdemokratie schwer schädigen, indem sie persönliche Interessen und ihre vereinzelt, ungezügelt Meinung über die Disziplin und die Interessen der Gesamtpartei stellen. In dessen konnte dieser unerquickliche, unentragliche Zustand nicht länger mehr fortdauern. Der endliche Bruch wurde, wie der ganze Streit überhaupt, von London provoziert. In Nr. 2 der „Freiheit“ dekretirte der Londoner kommunistische Arbeiter-Bildungsverein freischweg zwei wesentliche Punkte unseres Programms für gestrichen und forderte die Genossen allerorts zum Anschluß an diese Programmverstümmelung und eine

darauf zu gründende „Zentralisation“ auf*). Dies war uns denn doch zu viel, und wurde deshalb in der gestrigen Generalversammlung des Vereins deutscher Sozialisten ein von vielen Mitgliedern unterzeichneter Antrag eingebracht, der sich entschieden gegen dies parteiwidrige Gebahren des Londoner kommunistischen Arbeiter-Bildungs-Vereins aussprach. Derselbe wurde aber, wenn auch freilich nur mit unbedeutender Mehrheit, abgelehnt, und stimmte so der Verein dem Vorgehen der Londoner bei. Da sich der Verein durch diese Abstimmung selbst von dem Boden der deutschen Sozialdemokratie formell entfernte und sich mit der Grundlage und Haltung der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in Widerspruch setzte, so erklärten die der deutschen Sozialdemokratie und ihrem Programm treugebliebenen Genossen sofort ihren Austritt aus dem Verein und konstituirten sich nächsten Tages zu einem neuen Verein, der es sich zur Aufgabe macht, wie es die Pflicht jedes treuen Genossen ist, ganz wie bisher auf Grund des Gothaer Programms zu wirken, und in der geschlossenen Kolonne der deutschen Sozialdemokratie zu marschieren. Wir treugebliebenen Genossen werden so weit besser für unsere Sache wirken können, als wenn wir bei jedem Schritt und Tritt von dem Bleigewicht der persönlichen Zänkelei gehindert werden. Der lediglich verheßten Mehrzahl des alten Vereins aber wird die Erkenntniß ihres Unrechts gegen die Partei wohl mit der Zeit kommen: an uns und unserm Streben nach diesem Ziele und der Parteipropaganda im Allgemeinen soll es gewiß nicht fehlen. Hoch die deutsche Sozialdemokratie! H. G.

Frankreich.

— Paris, 13. Januar. Kaum ist das „liberale, echt republikanische“ Ministerium Freycinet ein paar Tage am Ruder, so benützt es schon die erste Gelegenheit, um seinen freiheitsfeindlichen, reaktionären Charakter in der unabweisbarsten Weise vor aller Welt zu manifestiren. Seit ungefähr vier Jahren wohnt in Paris unser Gesinnungsgenosse, der russische Sozialist Peter Klissoff. Derselbe veröffentlichte während dieser Zeit eine Anzahl russischer Bücher und Brochüren, welcher Thätigkeit selbst das Staatsstreich-Kabinet Broglie-Fourouin kein Hinderniß in den Weg legte. Kaum aber war Gambetta's Freund Freycinet Ministerpräsident geworden, so ließ der Nizzaer Präsekt sämtliche Werke des Genossen Klissoff konfiszieren, obgleich sie russisch geschrieben waren und sie demnach nur wenige Leute in Frankreich, am allerwenigsten aber der konfiszierende Präsekt selbst verstanden! Aber damit noch nicht genug, beging die Regierung am 10. ds. die unerhörte Brutalität, Klissoff des Landes zu verweisen und zwar ihn binnen 48 Stunden aus Frankreich zu vertreiben, trotzdem seine hochschwangere Frau wenige Tage vor ihrer Entbindung steht und nun sammt ihrer Familie hilflos zurückbleiben muß! Wahrlich, solche scham- und rückwärtslose Willkürherrschaft gibt der verrufenen bonapartistischen Wirtschaft nichts nach! Und alles das nur der russischen Jarin wegen, welche gegenwärtig in Cannes Heilung von einer „galanten“ Krankheit sucht und als echte „Landesmutter“ vor jedem ihrer „Untertanen“ eine heillose Angst hat. Nicht wahr, eine wundervolle „Republik“ das, welche sich beeifert, einer Selbstherrscherin die schmutzigsten Lakiendienste zu thun! Es wird

*) Es sind uns einige Zeitschriften — aus Berlin, Darmstadt, Bismarck und eine aus London selbst — zugegangen, welche anfragen, wie wir uns zu der oben erwähnten Veröffentlichung des Londoner kommunistischen Arbeiter-Bildungs-Vereins verhalten, bezw. warum wir nicht sofort entschieden dagegen Stellung genommen haben. Der Grund für letzteres ist ein sehr einfacher: wir halten die ganze Sache nicht für bedeutend genug, um an sie unsere Zeit und unsern Raum mehr als absolut nöthig zu verwenden. Dies geschähe aber entschieden und wir würden der großartigen Londoner Zentralisationspläne nur eine ihren intellektuellen Urhebern erwünschte Wichtigkeit beilegen, wenn wir die erwähnte Veröffentlichung ernst nehmen und des Langen und Breiten nachweisen wollten, wie parteiüblich und hoch zugleich sie ist. Wenige Bemerkungen werden hierzu vollkommen genügen.

Unser in der Bewegung erhabener Genossen mögen sich einmal vorstellen: Zur Zeit der öffentlichen Agitation der deutschen Sozialdemokratie wäre es den Parteigenossen in Schilde oder Buztehuber, durch die Wählerereien und Säulenereien eines beliebigen eiteln oder wirkungslosen Händchens vertrieben, plötzlich eingestürzt, den oder jenen Punkt des Parteiprogramms für „ungültig“ und zugleich diese Streichung als für die ganze Partei bindend zu erklären, und schließlich sich selbst zum Vorstand der so „verbesserten“ Partei zu ernennen. Was wäre geschehen? Die Parteigenossen allerwärts wären einerseits empört über solche Disziplinwidrigkeit gewesen, andererseits hätte sie die Großbanalität der ehrenwerthen Schilde oder Buztehuber amüßigt, und je nach den Umständen und der Individualität des Beurtheilers und hätte das eine oder andere Gefühl überwogen. Jedenfalls hätte man der Sache materiell wenig Werth beigemessen, weil es einfach lächerlich ist, wenn ein paar Mann sich in solch wichtigthuender Weise gegen eine große, geschlossene und feste Partei aufspielen, das auf dem Kongress unter Mitwirkung der ganzen Partei geschaffene Programm willkürlich ändern und ihre winzige Verantwortlichkeit auf hohe Rost schwingen wollen, um der Welt und vor Allem der eigenen Aemere glauben zu machen, sie seien wirklich die Kommandeure des Ganzen und gäben die Marschrouten an. Man hätte die Leute einfach ihre Posten bis zu deren baldigem Ende spielen lassen und dann das Weiter ruhig dem dem Staats unvermeidlich folgenden moralischen Kagenjammer überlassen.

Rau, die Londoner, welche bei der „Verbesserung“ unseres armen Programms und bei der Gründung der neuen Organisation mitgewirkt und sich dadurch bescheidener Weise zu Herren über die ganze deutsche Partei erklärt haben: sie handeln genau wie jene imaginierten Schilde und Buztehuber. Wir haben gleich in der ersten Nummer erklärt, daß wir die Feststellungen unseres Parteiprogramms durchaus nicht als so frohlockte, unwandere Dogmen betrachten. Wir erkennen auch gleich wie und selbst auch jedem andern sozialistischen Organ das Recht zu, die Stichhaltigkeit, Berechtigung und Nützlichkeit der einzelnen Programmpunkte zu erörtern und auf ihre Abänderung hinzuwirken. Wenn aber ein Organ oder auch drei oder vier hundert angeblicher oder wirklicher Genossen außerhalb Deutschlands sich das Recht anmaßen, die Verbindnisse der deutschen Sozialdemokratie prinzipiell, organisatorisch und taktisch neu zu ordnen; so können wir nur sagen, daß sie eben so abgeheimgelt als unsozialistisch handeln, daß sie dadurch, bezw. durch ein Fortschreiten auf dem betretenen Wege, einfach aufgehören, Mitglieder der deutschen Sozialdemokratie, Parteigenossen zu sein. Denn daß eine politische Partei nicht jedem ihrer Mitglieder die Befugniß geben kann, ihr Programm und Organisation der Partei nach eigenem Belieben zu gestalten und Parteirecht und Disziplin mit Füßen zu treten, — dafür bedarf es keiner langen Erklärung.

Wegen die Londoner dies erwidern und sich an ihre Parteipflicht erinnern: es sollte uns herzlich freuen, wenn sie den für einen treuen Sozialdemokraten so leicht zu erkennenden rechten Weg w oder ändern; gerathen sie aber, Irthümern folgend, immer weiter auf Abwege und schließlich in den Sumpf, so haben nur sie den Schaden davon. Denn wenn sie etwa glauben, daß sie auf diesem Gange von einem nennenswerthen Theil deutscher Genossen begleitet werden, so sind sie in einem schmerzlichen Irrthum befangen. In Deutschland kennt man nur eine sozialdemokratische Partei, und zwar weiß genau, wo sie marschirt, auch wenn Dunkel die Kolonne deckt und die Nähe des Feindes ihr zeitweilig Schweigen auferlegt.

wahrlich hohe Zeit, daß sich die echten Republikaner, nämlich die sozialistischen Arbeiter Frankreichs, in einer aktionsfähigen Partei sammeln, welche mit eisernen Fellen den fast unergründlichen Schmutz des Bourgeoisregiments zum Lande hinaus segt! — Wegen der Ausweisung Klissoffs hat man sich sofort an den radikalen Abgeordneten Clemenceau mit dem Ersuchen gewandt, diese Schandthat des „liberalen“ Regiments vor die Kammer zu bringen. Es wird sich zeigen, inwiefern man auf diesen Radikalen rechnen kann. Allzuviel Erfolg darf man sich nicht versprechen. Die Männer der Freiheit werden wohl wie anderwärts auch in Frankreich erst dann sicher sein, wenn die Volksfeinde aller Sorten von ihren Herrscherthronen herabgeholt und in den Staub getreten sind!

Friedrich Stadelberg.

Großbritannien.

* In London wurde vor einigen Tagen von einem Wahnsinnigen in einer katholischen Kirche auf den am Altar stehenden Pfaffen geschossen. Als der „Attentäter“ wiederholt gefehlt hatte, lief er zum Altar und steckte denselben mittels einer Altarkerze in Brand.

Wir berichten diese für uns an sich gleichgültige Sache nur deshalb, um das mehr lächerliche als gemeine Vorgehen der Bourgeoispresse zu kennzeichnen, welche sofort und ehe noch eine Vernehmung des Thäters stattgefunden, das „sakrilegische Attentat“ (hoch einmal eine neue Sorte!) wieder den — Sozialdemokraten aufhängte. Was uns etwa damit gedient wäre, wenn ein Pfaffe weniger auf der Welt wäre! Sowie wenig, wie wenn der Tyrann A abgeht — um dem Tyrannen B Platz zu machen! Ja, wenn die Tyrannei selbst menschliches Fleisch und Blut und einen Hals zum Abschneiden hätte, — dann möchte es sich für einen Sozialdemokraten wie für jeden echten Menschenfreund verlohnen, „Attentäter“ zu sein! So aber — — man könnte über die Dummheit der Geschobenen lachen, wenn einem nicht die Schlechtigkeit der Schieber den Späß verdürbe und das Blut wallen machte!

— Auch eine Sphäre für Frauen? Es ist eine überraschende Thatsache — bemerkt der „Scientific American“ — daß ungefähr 5000 Frauen und Mädchen in den Kohlenminen Großbritanniens arbeiten. In dem offiziellen Bericht über die Personen, welche in den Minen beschäftigt sind, wird festgestellt, daß 21 Mädchen unter 13 Jahren zur Verwendung kommen; ferner 433 Mädchen im Alter von 13 bis 16 Jahren und junge Frauen und Mädchen über 16 Jahre nicht weniger als 4502. In den Minen, welche unter dem „Metaliferous Mines Act“ registriert sind, arbeiten verhältnismäßig noch mehr Frauen und Mädchen. In dem jarten Alter von zwischen 8 und 13 Jahren werden 96 Mädchen beschäftigt, hauptsächlich im Cornwall-Distrikt; „über Grund“ arbeiten 981 Mädchen im Alter von 13 bis 18 Jahren, besonders im Cornwall und North Wales, und 1741 Frauen und Mädchen über 18 Jahre, und von diesen ist ein großer Theil im nördlichen England beschäftigt, welches seither ziemlich frei war von Frauenarbeit in den Minen. Es wird zwar behauptet, daß diese Art Beschäftigung von Frauen im Abnehmen begriffen ist, aber die Thatsache, daß Kinder in so jarten Alter in Minen arbeiten müssen, spricht nicht für die Richtigkeit jener Behauptung. Für die Gegner der Frauenrechtsbewegung, die da stets behaupten, die Frau müsse in ihrer „Sphäre“ bleiben, flechten und weben, himmlische Rosen ins irdische Leben — bieten diese Thatsachen einigen Stoff zum Denken — insofern sie sich überhaupt mit dieser Beschäftigung hin und wieder abgeben.

Briefkasten der Redaktion.

M. Nürnberg. Nächste Nummer. Die Notiz betr. der Fr. wird vorläufig auf eine gelegener Zeit zurückgelegt. Für das Gedicht keine Verwendung, da wir mit dem Raum geizen müssen; daselbe zeigt jedoch Anlage und kann es unser junger Genosse, wenn er nicht aufhört, zu lernen und sich zu üben, noch zu erfreulichen Resultaten bringen. Gruß.

Briefkasten der Expedition:

D. G. u. D. Errichtung einer Z. — Stelle unmöglich, Eingekleidenes an bekannte Adr. empfohlen, ihm: besorgt. 96 gelöst. — A. B. G. 12 u. 2 für B. und zugl. 1 u. 2 für Orl. am 10/1. abgelandt. Cassa richtig. — Krager A. Nr. 10. — erhalten. Bitten Abrechnung vermitteln. Westes Grab! — d in G. Durch B. Diten 4. u. 1. Da. Nr. 6. — erhalten. — Bodens. Nr. 2. Beilage abgegeben. Bitten dringend um Beachtung. Cassa richtig. — B. in Schwaben: Nr. 3. — erhalten 1 u. 2 an Hb: abgelandt, folgten trotzdem nochmals mit 3. Sicherer Weg für Bäte vorgelesen, soweit als menschlich möglich. Kann „Das u. Liebe“ an Hb: retournieren? Wäßen mit Dank ablehnen. Vermales leider keinen Raum. Weiteres durch die Redaktion brieflich. — Ph. L in Gb. Nr. 16 Ab. — Nr. 48. — p. 1. Du 80 erhalten. 12 Ab. vom 27. 9/79 = Nr. 36. — 5 Ab. v. 10. u. 13. 10/79 = Nr. 15. — 2 Ab. n. 7/11 79 = Nr. 6. — 3/1. Nr. 57. — Dagegen erhalten v. B. Nr. 51. — am 27/9 79 u. Nr. 12. — am 10/12 10/79 von Ihnen Ueberkunft auf Ab. 79 Nr. 6. — wofür Bestelltes folgen wird. Alles besorgt. R. Alles eingetroffen. Wie es scheint, nichts geschaffelt, wenn doch, dann äußerst kassigerecht. Nr. 39. — und Nr. 3. — stimmen. Abgelandt nach geliefert Alles. R. B. später erst, viel Mühe zur Reise nöthig. — Lauffer Rothhaut: Nr. 6 erhalten. Der große Geist leute Curca Toma hawf. — B. Antwerpen Fr. 4.50 erhalten. Lieferung folgt wie Vorchrift. Großer Raum mangelt, deshalb Annoncen nur selten an zunehmen. Preis 25 Ct. pro Zeile daar voraus. Alles nach-geliefert. Wenn es eine Weltgeschichte sein muß, dann Schloffer oder Extrud besser wäre Kulturgeschichte von F. Kolb.

Für den Magdeburger Wahlfonds sind eingegangen

I. 6. —; II. 68. —; III. 85.50; IV. 41.30 Mark.
V. Im wiedererhaltenen Wählklub d. Abhängen d. Nationalklubn 4. —. Sch. Gupp 6.15 — zusammen 10.15 Franken.

Durch uns ist zu beziehen und empfohlen wir:

Die Frau und der Sozialismus.

Von August Bebel.

12 Bogen Gross-Oktav. — Preis 2 Fr. = Mk. 1. 50.

Expedition des Sozialdemokrat.